

Dr. Stefan Luft

Institut für Politikwissenschaft
Universität Bremen / FB 8
Enrique-Schmidt-Straße 7
28359 Bremen

Telefon: +49-421/ 218-67040
Fax: +49-421/ 218-4896
Mobil: 0160/ 95 16 16 05

Homepage: www.stefanluft.de
E-Mail: sluft@uni-bremen.de

07. Dezember 2007

Zusammenfassung der Beiträge für das Seminar der Universitätsförderung der Hanns-Seidel-Stiftung: „Migration ohne Integration? Möglichkeiten zur Wende in der Integrationspolitik“¹

1. Die Bedeutung der Schub- und der Sogfaktoren für die Entstehung von Wanderungsprozessen sind in der Vergangenheit unterschätzt worden. Sie sollten bei aktuellen Überlegungen und Planungen (sowohl der „Global Commission on Migration“ als auch europäischer Innenminister) hinsichtlich zeitlich befristeter Arbeitsmigration angemessen bedacht werden.

Das „Gastarbeiter-Modell“ funktioniert nur, wenn es tatsächlich nach einer bestimmten Zeit zur Rückkehr kommt. Diese Rückkehr wird von westlichen Aufnahmestaaten in der Regel nicht erzwungen (eine „Zwangsrotation“ war verpönt und fand auch nicht statt). Eine freiwillige Rückkehr wird allerdings nur dann in nennenswertem Umfang erfolgen, wenn sich das wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland im Laufe der Zeit stark verringert. Ist dies nicht der Fall und kommt womöglich noch politische Instabilität im Heimatland hinzu, wird aus einer ursprünglich zeitlich befristeten eine dauerhafte Zuwanderung.

2. Von der Gastarbeiter-Anwerbung profitierten in erster Linie die Unternehmen. Der Staat trug die Folgekosten. Die Arbeitgeber sind daher in der besonderen Pflicht, wesentliche Beiträge zur prekären Lage – auch auf dem Ausbildungsmarkt – zu leisten.

¹ vgl. zur Gesamtproblematik: Luft, Stefan: Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, Gräfelting 2006 m. w. N.

Die westdeutsche Politik hat bis zum Anwerbestopp 1973 faktisch keine eigenständige Ausländerpolitik betrieben. Sie hat lediglich das vollzogen, was die Arbeitgeber forderten. Die Wirtschaft entschied über die Zahl der angeworbenen „Gastarbeiter“ und über deren Verteilung innerhalb des Bundesgebietes. Auch die „Kettenmigration“ nahm auf Betreiben der Unternehmen ihren Ausgang.

3. Die Mechanismen und Motive, die zu Konzentrationen im Laufe des Niederlassungsprozesses führen, sind zu vielfältig, die Widerstände gegen staatliche Eingriffe zu stark, als dass sie von Kommunalpolitik hätten wirksam beeinflusst werden können. Die Verteilung von Gruppen (ethnischen, sozialen) in den Städten hat sich nur äußerst begrenzt steuern lassen. Das zeigen alle Erfahrungen seit den 1970er Jahren. Dazu gehört auch die 15 Jahre andauernde Zuzugssperre für Kreuzberg, Tiergarten und Wedding in Berlin. Kurzfristig lösten sie Verdrängungseffekte in die benachbarten Bezirke Neukölln, Schöneberg, Charlottenburg und Spandau aus, mittel- und langfristig konnte sie die Konzentration aus vielfältigen Gründen nicht verhindern.

4. In den Armutsstadtteilen sammeln sich vor allem zugewanderte und kinderreiche Familien. Aufgrund der demographischen Veränderungen werden Kinder in den Städten künftig mehrheitlich in den Armutsstadtteilen aufwachsen, was erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung ihrer sozialen und kulturellen Kompetenz hat.

Ethnische Kolonien sind in Deutschland in vielen Fällen zu Mobilitätsfallen und Sackgassen geworden, die eine Integrationsbarriere bilden. Sie haben sich zunehmend verfestigt und teilweise parallelgesellschaftliche Strukturen entwickelt. Die Folge ist ein erheblicher Druck, sich hergebrachten Normen und Verhaltenserwartungen sowie innerethnischen Rechts- und Schlichtungsinstitutionen zu unterwerfen.

In den ethnischen Kolonien haben sich in einem langjährigen Prozess sozialer Entmischung jene randständigen Gruppen niedergelassen (oder sind dort verblieben), für die ein sozialer Aufstieg nur unter schwierigen Bedingungen möglich ist. Positive Vorbilder fehlen sowohl in der Gruppe der Zugewanderten wie in der Gruppe der Nicht-Zugewanderten. Aufsteiger – unabhängig von ihrer Herkunft – verlassen diese Viertel. Zunächst bilden ethnische Kolonien einen Raum, in dem sich die Zuwanderer orientieren und gegenseitig unterstützen können. Je mehr sich die eigenethnische Infrastruktur allerdings vervollständigt, desto größer werden die Bindungskräfte der ethnischen Gruppe und desto geringer wird die Motivation, sich zur Aufnahmegesellschaft hin zu orientieren. Das gilt sowohl für den Erwerb der Sprache des

Aufnahmelandes wie für den Arbeitsmarkt (ethnische Ökonomie). Neben der institutionellen Vollständigkeit spielt dabei auch die Größe der Gruppe eine wichtige Rolle.

Ethnische Kolonien haben eine starke Binnenintegration und eine erhebliche Anziehungskraft entwickelt, so dass sie nicht nur durch die Geburtenhäufigkeit sondern auch durch Zuzug von außen immer wieder personell „aufgefrischt“ werden. Dabei spielt die „Heiratsmigration“ eine wichtige Rolle.

Islamistische Gruppen nutzen die Fremdheitserfahrungen von Zuwanderern aus dem islamischen Raum und ihre Perspektivlosigkeit aus und versuchen, durch vielfältige Angebote vor allem junge Menschen an sich zu binden.

Die hohe Gewaltbelastung einzelner Zuwanderergruppen ist einerseits als Reaktion auf empfundene mangelnde Anerkennung durch die Aufnahmegesellschaft zu erklären.

Andererseits zeigen breit angelegte empirische Studien, dass auch mit dem Islam im Zusammenhang stehende kulturelle Gründe als Ursachen hoher Gewaltbelastung (sowohl innerfamiliär als auch nach außen) angesehen werden müssen. Neben der allgemein hohen Gewaltbelastung unter türkischstämmigen Zuwanderern muss von einer außergewöhnlich hohen Gewaltrate gegen Frauen ausgegangen werden.

5. 40 Prozent aller Jugendlichen mit ausländischem Pass bleiben in Deutschland im Anschluss an ihre Pflichtschulzeit ohne jede Ausbildung (gegenüber 15 Prozent der deutschen Jugendlichen). Auf mehr als eine Million Menschen schätzen Fachleute jene Gruppe der Zuwanderer und deren Nachkommen, die ihre Schul- und Ausbildungszeit in Deutschland verbracht haben, aber über keine berufliche Qualifizierung verfügen.² Die Chancen junger Menschen, in Deutschland erfolgreich ins Berufsleben zu starten, haben sich insgesamt verschlechtert: Die Zahl der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen *wächst* seit Anfang der 90er Jahre und hat mit rund 950.000 im Jahr 2005 einen Höchststand erreicht und wird bis 2011 weiter steigen. Gleichzeitig *sinkt* die Zahl der Lehrstellen im gleichen Zeitraum von 722.000 auf 563.000.³ Besonders stark von dieser negativen Entwicklung betroffen sind ausländische Jugendliche und Jugendliche „mit Migrationshintergrund“. Der Ausländeranteil

2 vgl. Boos-Nünning, Ursula: Berufliche Bildung von Migrantinnen und Migranten. Ein vernachlässigtes Potential für Wirtschaft und Gesellschaft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potentiale nutzen. Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund, Bonn 2006, S. 20; zur Gesamtproblematik vgl. auch: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Nationaler Integrationsplan, Arbeitsgruppe 3: „Gute Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen, Dokumentation des Beratungsprozesses, Bonn 2007

3 Ulrich, Joachim Gerd; Granato, Mona: „Also, was soll ich noch machen, damit die mich nehmen?“ Jugendliche mit Migrationshintergrund und ihre Ausbildungschancen, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Kompetenzen stärken, Qualifikationen verbessern, Potentiale nutzen. Berufliche Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen mit Migrationshintergrund, Bonn 2006, S. 31

an den Auszubildenden geht längerfristig zurück: in den alten Ländern von 9,7 Prozent im Jahr 1995 auf 5,3 Prozent in 2005 (was nicht mit Einbürgerungen erklärt werden kann).⁴

Die Ausbildungsbeteiligungsquote (Anteil der Auszubildenden an den Jugendlichen der Wohnbevölkerung) beträgt 2005 bei deutschen Staatsangehörigen 57,5 Prozent, bei ausländischen Staatsangehörigen hingegen lediglich 23,7 Prozent.⁵ 1994 betrug er noch 34 Prozent, auch hier also ein längerfristiger Rückgang.

Insgesamt hat sich der Ausbildungsstellenmarkt im Jahr 2006 zwar verbessert, es bleiben aber signifikante Unterschiede zwischen den Ausbildungschancen Jugendlicher mit und ohne Migrationshintergrund.⁶

Strukturell weisen Zuwanderer und deren Nachkommen in Deutschland ein wesentlich schlechteres Bildungsniveau auf als Einheimische. Sie verfehlen wesentlich häufiger einen Schulabschluss, sie sind an Sonder- und Hauptschulen stark überrepräsentiert, ihr Risiko sitzen zu bleiben ist höher, die Chancen, höhere Abschlüsse zu erhalten, sind geringer. Seltener ist die Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolgreich, öfter wird die Ausbildung abgebrochen, der Übergang ins Erwerbsleben misslingt häufiger.

Die „Bildungsungleichheit“ hat in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. Dabei bilden türkische Staatsangehörige jene Gruppe, „die sich am deutlichsten von den Deutschen unterscheidet“.⁷ Allerdings zeigt der deutliche Anstieg der Zahl der türkisch-stämmigen Studenten an deutschen Hochschulen, dass ein Aufstieg prinzipiell möglich ist.⁸ So hat die Zahl der studierenden türkisch-stämmigen Frauen in den zurückliegenden 20 Jahren nahezu verzehnfacht.⁹ Gleichzeitig vergrößert sich aber die Kluft zwischen den Aufsteigern und jenen, die zurückgelassen werden.¹⁰ Auffallend ist die hohe Rate von jungen Zuwanderern aus der Türkei, die über keinerlei Schulabschluss verfügen oder einen Hauptschulabschluss erreichen, jedoch keine berufliche Ausbildung abschließen – der Anteil liegt bei 56,1 Prozent.¹¹

4 vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Berufsbildungsbericht 2007, Berlin 2007, S. 118
5 vgl. ebd.

6 vgl. ebd., S. 43

7 Kalter, Frank; Granato, Nadia: Sozialer Wandel und strukturelle Assimilation in der Bundesrepublik. Empirische Befunde mit Mikrodaten der amtlichen Statistik, in: Bade, Klaus J.; Bommes, Michael (Hrsg.): Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche (= IMIS-Beiträge 23/2004), Osnabrück 2004, S. 80

8 vgl. Schulze, Erika; Soja, Eva-Maria: Verschlungene Bildungspfade. Über Bildungskarrieren von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, in: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder, Opladen 2003, S. 200

9 Boos-Nünning, Ursula; Karakaşoğlu, Yasemin: Welche Ressourcen haben junge Migrantinnen. Plädoyer für einen Perspektivenwechsel, in: Migration und Soziale Arbeit, 27. Jg., H.3/4, Oktober 2005, S. 222

10 Schulze/Soja: Verschlungene Bildungspfade, S. 2001

11 Kristen, Cornelia: Ethnische Unterschiede im deutschen Schulsystem, in: APUZ B 21-22/2003, S. 27

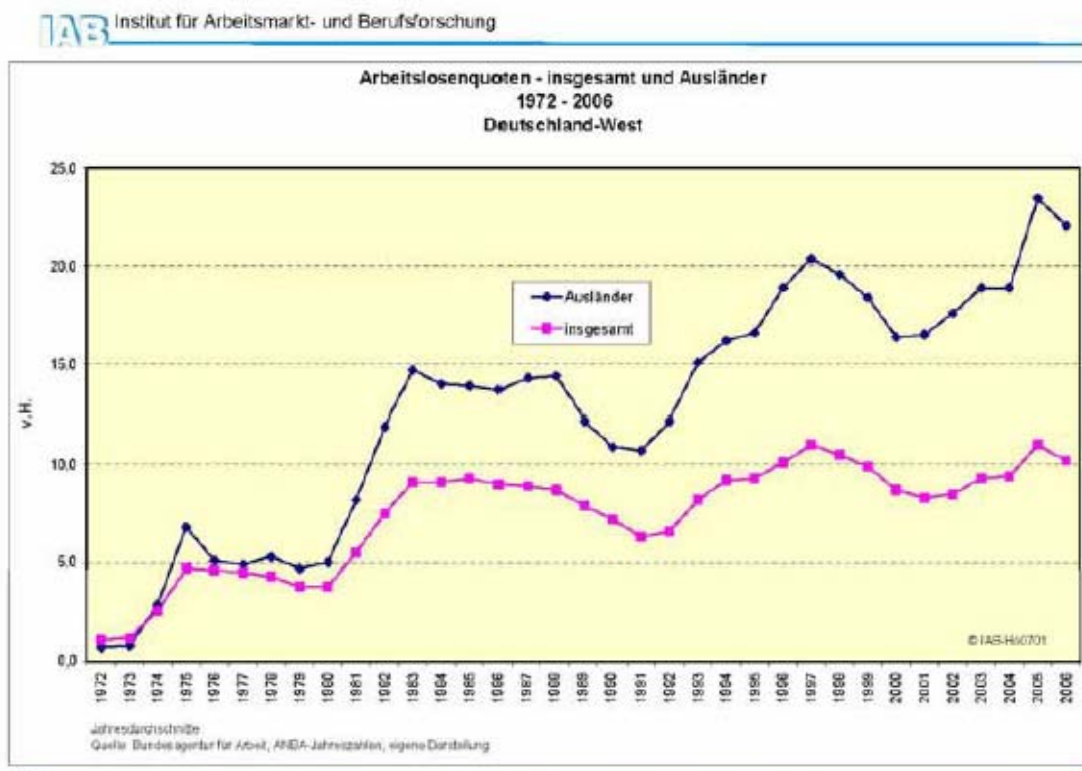
Zuwanderer aus der Türkei und ihre Nachkommen (erste und zweite Generation), die die Hauptschule abgeschlossen haben, verzeichnen die *niedrigste Ausbildungsquote* unter den Zuwanderern, Aussiedler die höchste.¹²

Insgesamt müssen diese Entwicklungen als „neue Bildungskatastrophe“ bezeichnet werden.

Zu den wesentlichen Ursachen gehören: Bildungssozialisation im Herkunftsland, Bildungsferne, Spracharmut, mangelhafte Deutschkenntnisse der Eltern und fehlende Einbindung in soziale Netzwerke. Andere pädagogische Vorstellungen und didaktische Ansätze aus der Herkunftsregion kommen hinzu.

6. Ein immer größerer Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung wird – spätestens seit Beginn der 1990er Jahre – dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Das gilt für viele europäische Länder, wie u. a. für Frankreich.¹³

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich die Zuwanderung vom Bedarf des Arbeitsmarktes abgekoppelt. Zuwanderer weisen seitdem überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten auf:



¹² vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland, Bielefeld 2006, S. 155

¹³ vgl. Estébe, Philippe: Entstehung und Niedergang eines Sozialmodells, in: Kimmel, Adolf; Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gemeinschaft, Bonn 2005, S. 94 ff.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Nationaler Integrationsplan, Arbeitsgruppe 3: „Gute Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen“, Dokumentation des Beratungsprozesses, Bonn 2007, S. 244

Die Arbeitslosenquote türkischer Staatsangehöriger liegt seit Ende der 1970er Jahre an der Spitze der größeren Zuwanderergruppen.¹⁴

Die Bundesrepublik Deutschland verzeichnet in den vergangenen Jahren mehr als eine halbe Million arbeitsloser ausländischer Arbeitnehmer (644.000 im Durchschnitt des Jahres 2006¹⁵), zuzüglich noch einmal rund 300.000 Personen aus der „stillen Reserve“¹⁶.

Die Arbeitslosenquote der Ausländer in Berlin lag im Durchschnitt der Jahre 2004 bis 2006 mit 41,4 Prozent mehr als doppelt so hoch wie die Quote bei deutschen Staatsangehörigen (18,3 Prozent).¹⁷ Fachleute gehen von einer Arbeitslosigkeit unter der türkischen Bevölkerung Berlins von 50 Prozent aus.¹⁸

7. Der Multikulturalismus hat das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft nicht befördert – im Gegenteil: Die Gräben zwischen zugewanderten Gruppen und Einheimischen sind in vielen Ländern breiter geworden. Die Gründe sind nicht in einer unzureichenden Umsetzung des Konzeptes zu suchen, sondern in seinen Konstruktionsfehlern:

- Der Multikulturalismus legt Zuwanderergruppen auf eine Identität fest. Er unterstellt, Identitäten seien unwandelbare Gehäuse, aus denen sich Zuwanderer nicht befreien könnten. Nach diesem Verständnis bestimmt die Herkunftskultur menschliches Handeln soweit, dass einzelne Gerichte Tätern türkisch/arabischer Herkunft mildernde Umstände aufgrund ihrer Einbindung in die Herkunftskultur zubilligen. Dabei wird verkannt, dass Zuwanderer neue Identitäten entwickeln (müssen).
- Der Multikulturalismus stellt das Trennende und nicht das Gemeinsame in das Zentrum. Forderungen nach Sonderrechten und der Aufbau parallelgesellschaftlicher Strukturen sind die Folge.

14 vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Nationaler Integrationsplan, Arbeitsgruppe 3: „Gute Ausbildung sichern, Arbeitsmarktchancen erhöhen, Dokumentation des Beratungsprozesses, Bonn 2007, S. 245

15 vgl. Bundesagentur für Arbeit: Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer Januar 2007, S. 25

16 Es handelt sich um Personen, die zwar rechtlich die Möglichkeit einer Arbeitsaufnahme haben, denen aber keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, weil es bevorrechtigte Deutsche oder EU-Staatsangehörige gibt. Für den Arbeitsmarkt sind sie verfügbar, aber arbeitslos, und dennoch als solches nicht registriert; vgl. Fuchs, Johann; Weber, Brigitte: Neuschätzung der Stillen Reserve und des Erwerbspotentials für Westdeutschland (inkl. Berlin-West) (= IAB Forschungsbericht Nr. 15/2005), S. 60

17 vgl. Daten zu Demographie, Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft, Bildung und rechtlichem Status (= Anlage 1 zum Berliner Integrationskonzept, Berlin 2006, http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/2_ikii_daten.pdf [22. Juni 2007]

18 vgl. Pütz, Robert: Transkulturalität als Praxis. Unternehmer türkischer Herkunft in Berlin, Bielefeld 2004, S. 89, FN 22

- Der Multikulturalismus schwächt die Bereitschaft von Zuwanderern, die für eine erfolgreiche Integration zwingend notwendigen Anpassungsleistungen zu erbringen. Er erweckt den Eindruck, es gehe in erster Linie darum, dass Zuwanderer ihre Andersartigkeit bewahren.
- Der Multikulturalismus verschärft das Konfliktpotential moderner Gesellschaften und fördert die Tendenzen zur Abschottung. Das gilt besonders dann, wenn Zuwanderergruppen mangelhaft wirtschaftlich integriert sind und ein ausgeprägtes ethnisch-kulturelles Selbstbewusstsein pflegen.
- Der Multikulturalismus ermutigt jene Wortführer von Zuwanderergruppen, die eine harte Identitätspolitik betreiben, die sich als Identitätswächter und nicht als Integrationslotsen verstehen. Dies gilt in erster Linie für islamistische Gruppen.
- Der Multikulturalismus provoziert Missverständnisse darüber, was in einem demokratischen Rechtsstaat verhandelbar ist und was nicht. Was unterscheidet etwa eine „multikulturelle Demokratie“ (Claudia Roth) von einer „regulären“ Demokratie westlichen Typs? Es wird der Eindruck erweckt, als würde Pluralität nicht durch geltendes Recht begrenzt und Handlungsfreiheit nicht durch die allgemeinen Gesetze eingeschränkt. Es bleibt das selbstverständliche Recht und die Pflicht der Aufnahmegesellschaft, die Grundlagen des Zusammenlebens zu definieren.
- Der Multikulturalismus ist ein Konstrukt akademischer Mittelschichten, die die Alltagsprobleme der sozial Schwachen in den französischen Vorstädten und den ethnischen Kolonien in Deutschland ignorieren. Sie wissen zu wenig von der Lebenswirklichkeit, um beurteilen zu können, welche überdurchschnittlichen Integrationsleistungen den Menschen abgefordert werden und welche Anstrengungen dies bedeutet. So ist das immer wieder vorgebrachte Postulat, in der multikulturellen Gesellschaft müssten ständig neue „Spielregeln“ des Zusammenlebens ausgehandelt werden, für die Betroffenen schlicht und einfach eine Überforderung.

Wege aus der Krise

7. Bevor über zusätzliche Zuwanderung gesprochen wird, müssen die gravierenden Probleme der hier dauerhaft lebenden und der jährlich neu hinzukommenden und zu integrierenden Menschen gelöst werden. Hierzu gehört auch, dass der Beitritt der Türkei zur EU und damit verbundener Wanderungspotentiale unter dem Gesichtspunkt der Integrationsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland kritisch debattiert werden muss.

8. Bildung ist die notwendige Voraussetzung, um die sich dynamisch entwickelnde Desintegration in den ethnischen Kolonien in deutschen Städten zu stoppen und eine dauerhafte Unterschichtung der einheimischen Bevölkerung durch die Zuwanderer zu verhindern. Gerade Kinder aus bildungsfernen Familien (und darum handelt es sich bei großen Zuwanderergruppen), benötigen eine umfassende Förderung, damit sie die Voraussetzungen erfüllen, sich erfolgreich um Lehrstellen zu bemühen, ein Studium zu beginnen und den Eintritt ins Berufsleben vollziehen können. Trotz massiver Sprachförderprogramme ist es – insbesondere in den ethnischen Kolonien – zu einer Festschreibung der Verhältnisse gekommen. Die Konsequenz muss lauten: Sprachförderung darf nicht alleine stehen, die Gelegenheiten zu Kontakten mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft im sozialen Alltag müssen gefördert werden.

Weil es die positiven Zusammenhänge von Zweitspracherwerb und Bildungs- sowie Berufserfolg gibt, weil es die deutlich negativen Zusammenhänge von ethnischer Kolonie und mangelndem Zweitsprachenerwerb gibt¹⁹, dann gibt es – nicht zuletzt aus demographischen Gründen – ein elementares Interesse, hier etwas zu ändern. Eine veränderte Zusammensetzung der Wohnbevölkerung in den ethnischen Kolonien durch administrative Maßnahmen ist nicht erreichbar. Seit Jahrzehnten sollen die ethnischen Segregationen und die sozial selektiven innerstädtischen Wanderungen gebremst werden – gelungen ist dies bisher nicht. Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit: Die extrem hohen Anteile von Schülern nichtdeutscher Herkunft an den Schulen in den ethnischen Kolonien müssen deutlich reduziert werden. Dies kann nur durch Festlegung von *Höchstgrenzen* und eine *gesamtstädtische Verteilung* geschehen. Die Hauptlast der Integration kann sinnvoller Weise nicht auf Dauer den sozial schwächsten Angehörigen dieser Gesellschaft weitgehend überlassen werden. An der konkreten Integrationsaufgabe müssen – soweit sie von deutscher Seite aus zu leisten ist – alle sozialen Schichten mitwirken.

Zu berücksichtigen ist auch, dass eine Verteilung über das Stadtgebiet als Ganzes das Klima zwischen jenen Zuwanderern, die gemeinhin als Problemgruppen wahrgenommen werden, und der einheimischen Bevölkerung entspannen kann. Die hier vorgeschlagene Verteilung setzt nicht auf gemeinsames Wohnen, damit bliebe die Balance zwischen Nähe und Distanz erhalten.

¹⁹ vgl. Esser, Hartmut: Migration, Sprache und Integration (= Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration beim Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsbilanz 4), Berlin 2006, [http://www.wz-berlin.de/zkd/aki/files/AKI-Forschungsbilanz_4.pdf]

Die bereits laufenden Programme für mehr Ganztagschulen gehen in die richtige Richtung. Sie müssen verstärkt werden. Die Kinder in ethnischen Kolonien, die meist zu den *Armutsvierteln* gehören, brauchen personell und materiell besonders gut ausgestattete Schulen. Deshalb sind Modelle, bei denen Schulen mit besonders niedrigem Sozialindex ein Anrecht auf zusätzliche Mittel erhalten, sinnvoll.²⁰ Sie brauchen Schulen, die ihnen auch an Nachmittagen die Gelegenheit bietet, (spielerisch) zu lernen, sich in einem fördernden pädagogisch geschulten Umfeld zu bewegen, was ihnen zuhause weitgehend fehlt. Die Kinder erfahren hier auch stabile soziale Beziehungen, die dazu beitragen, ihre soziale Kompetenz zu fördern.

Die Schulen in diesen Vierteln müssen sich auf die *Familien* ausrichten, das heißt, sie müssen die Eltern in ihre Arbeit nahezu genauso einbeziehen wie die Kinder.

Das bedeutet, dass vor allem in den vorschulischen Einrichtungen ausreichend *Personal* vorhanden sein muss. Hier ist allerdings festzustellen, dass in den allermeisten Kommunen eher Personal abgebaut wird.

9. Um der sozialen Polarisierung und interethnischen Konflikten entgegenzuwirken, sind erhebliche finanzielle Anstrengungen unumgänglich. Bund, Länder und Kommunen benötigen dafür eine solide finanzielle Basis. Die Kommunen befanden sich viele Jahre in einer schweren Finanzkrise und haben sich davon noch nicht wieder erholt. Steigende Sozialausgaben und über Jahre sinkende Einnahmen haben die Defizite in den städtischen Verwaltungshaushalten auf Rekordniveau ansteigen lassen.²¹ Starke Einschnitte bei den Investitionen und beim Personal gehören zu den Folgen. Die Kommunen, die bereits viel in Sachen Integration leisten²², können so ihren Aufgaben, die in gesamtstaatlichem Interesse liegen, nicht gerecht werden.

10. Für eine echte Trendwende wirklich entscheidend ist der Einstellungswandel der Eltern. Ohne die nachdrücklich vermittelte Einsicht, dass Ausländer, die auf Dauer in Deutschland leben und Rechte in Anspruch nehmen wollen, eine Pflicht zur Integration haben, wird es keine dauerhaften Erfolge geben. Nicht von ungefähr spricht das Grundgesetz nicht nur vom

²⁰ So praktiziert in Hamburg, vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, Bielefeld 2006, S. 167

²¹ vgl. Gemeindefinanzbericht 2005, in: der städtetag, H. 5/2005, S. 5 ff.

²² vgl. Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.); Bundesministerium des Inneren (Hrsg.): Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik, Gütersloh 2005

„natürlichen *Recht* der Eltern“ zur Pflege und Erziehung der Kinder, sondern im gleichen Atemzug auch von der „zuvörderst ihnen obliegenden *Pflicht*“ (GG, Art.6, Abs. 2).

11. Qualifikation ist auch für die Integration in den Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Aufgrund der günstigen Altersstruktur werden in den kommenden Jahren wesentlich mehr Ausländer (vor allem türkische Staatsangehörige) in den Arbeitsmarkt eintreten wollen als aus Altersgründen ausscheiden.²³ Die Integration von Zuwanderern aus Drittstaaten in den Arbeitsmarkt geht seit Jahren zurück. Als ein seit Jahrzehnten gültiger Erfahrungssatz des deutschen Arbeitsmarktes gilt: „Niedrige Qualifikation – hohes Arbeitsmarktrisiko“.²⁴ Arbeitsmarktexperten kommen zu dem Schluss: „Weder ein Niedriglohnsektor noch ein Wirtschaftswachstum in realistischen Größenordnungen allein werden die Probleme der Geringqualifizierten auf dem Arbeitsmarkt lösen können.“²⁵

Wenn nicht dauerhaft die ethnisch-soziale Unterschichtung der deutschen Gesellschaft mit ihren Konfliktpotentialen hingenommen werden soll, sind erhebliche Anstrengungen, die Integration in Bildungswesen und Arbeitsmarkt zu verbessern, unverzichtbar.

12. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt wird immer mehr an Bedeutung gewinnen. Der Ausbau eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes bleibt unverzichtbar.

Zum Autor:

Dr. phil. Stefan Luft, geboren 1961, ist Politikwissenschaftler an der Universität Bremen. Nach dem Studium der Geschichte und der Politischen Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität in München war er Referent in der Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Augustin. Von 1995 bis 1999 war er persönlicher Referent und Pressesprecher beim Senator für Inneres der Freien Hansestadt Bremen. Von 1999 bis 2004 war er stellvertretender Sprecher des Senats und Sprecher mehrerer Senatsressorts. Seine Arbeitsschwerpunkte an der Universität sind Politische Kommunikation sowie Migration und Integration. Dazu legte er zahlreiche Veröffentlichungen vor. Zuletzt erschien sein Buch

²³ vgl. Stellungnahme des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit für die Öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 16. Januar 2002, S. 8

²⁴ Reinberg, Alexander; Hummel, Markus: Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit (= IAB Kurzbericht Nr. 9 vom 13. Juni 2005) Nürnberg 2005, S. 1

²⁵ ebd., S. 3

„Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise“ (Resch-Verlag, Gräfelfing 2007, 477 S., 19,90 €)

<http://www.stefanluft.de/>

Veröffentlichungen (Auswahl):

Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, Gräfelfing 2006

Ausländerpolitik in Deutschland. Mechanismen, Manipulation, Missbrauch, Gräfelfing 2003

„Staat und Migration. Anmerkungen zur Steuerungskrise“, in: Sozialwissenschaftliches Journal Nr. 5, Jg. II, H. 3 / Dezember 2007, S. 9-24

„Gelebter Patriotismus – Anmerkungen zu Patriotismus und Integration“, in: Hebeker, Ernst; Hildmann, Philipp W. (Hrsg.): Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese, München 2007 (= Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, Nr. 57), S. 65-74

<http://www.hss.de/downloads/AMZ57-Patrioten.pdf>

„Wege aus der Integrationskrise: Brauchen wir eine Neuausrichtung der Einwanderungspolitik der EU?“, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 8/2007, S. 261-267

http://www.zar-online.info/zar/hefte/Aufsatz_zar_07_08.pdf